Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2018004/2

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 08.03.2018 TOP: 2.14
Amt: Amt 20	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2018004/2
	Az.:	erstellt am: 16.01.2018

Betreff

Überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 71.744,00 EUR für die Gewerbesteuerumlage 2017

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	27.02.2018: Hauptausschuss	27.02.2018	laut BV
2	08.03.2018: Stadtrat	08.03.2018	laut BV

Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschließt, für das Haushaltsjahr 2017, die überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Produkt 61.1.101.00 – Sachkonto 534100 – Untersachkonto 90000.81000 „Gewerbesteuerumlage“ in Höhe von 71.744,00 €. Die benötigten Mittel werden aus dem Produkt 11.1.101.00 – Sachkonto 501202 – Untersachkonto 00001.41400 „Dienstbezüge Angestellte Dezernat 1“ bereitgestellt.

Gesetzliche Grundlagen:

§§ 45 und 105 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
§ 7 Absatz 2 Nr. 15 Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt)

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Auf Grundlage von § 6 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) ist durch die Stadt Köthen (Anhalt) eine Gewerbesteuerumlage in Höhe von 35 v. H. des Grundbetrages (Istaufkommen * 100 / Hebesatz) der vereinnahmten Gewerbesteuer, zur Aufteilung an Bund und Land, abzuführen. Die Umlage ist damit fest an die tatsächlichen Gewerbesteuereinzahlungen der Stadt Köthen (Anhalt) gebunden.

Bis zum 01. Mai, 01. August und 01. November des Erhebungsjahres sind Abschlagszahlungen für das vorhergehende Kalendervierteljahr zu leisten. Auf die Schlussabrechnung eines jeden Jahres wird gemäß § 5 Absatz 4 der Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes (GemFinRefGDV) bis zum 10. Dezember des Erhebungszeitraumes, eine Vorauszahlung in Höhe der im November geleisteten Abschlagszahlung fällig. Erst mit Endabrechnung per 31.12. wird die genaue Höhe für das jeweilige Kalenderjahr bestimmt. Hier können sich sowohl Erstattungen als auch Nachzahlungen ergeben.

Der Mittelansatz für die Gewerbesteuerumlage wird anhand der geplanten Gewerbesteuererträge des jeweiligen Haushaltsjahres ermittelt.

Für das Haushaltsjahr 2017 wurde mit Gewerbesteuererträgen in Höhe von 6.301.200,00 € gerechnet. Aus dieser Planzahl, abzgl. eines Abschlages von 2%, da die tatsächlichen Einzahlungen erfahrungsgemäß nicht in der veranlagten Ertragshöhe eingehen, ermittelt sich eine Gewerbesteuerumlage von gerundet 495.800 €, welche im Haushalt 2017 geplant wurde.

Nunmehr ist aus nachfolgenden Gründen der für das Jahr 2017 geplante Haushaltsansatz für die Gewerbesteuerumlage nicht ausreichend:

1.) Durch die Endabrechnung für das Jahr 2016 ergab sich eine Nachzahlung in Höhe von 55.967,00 €. Diese Zahlung betrifft zwar die Gewerbesteuerumlage 2016, belastet aber den Ansatz 2017, da die die Zahlung begründende vorläufige Schlussabrechnung mit Datum 27.01.2017 erging und die Buchung somit, nach Grundsätzen der doppischen Haushaltsführung, dem Jahr 2017 zuzuordnen war.

2.) Weiterhin wurden für die ersten drei Quartale 2017 nachfolgende Gewerbesteuerumlagen ermittelt und fällig:

- a. 1. Quartal 2017: 112.578,00 €
- b. 2. Quartal 2017: 132.789,00 €
- c. 3. Quartal 2017: 132.842,00 €

3.) Darüber hinaus erfolgte in 2017 eine Endabrechnung durch das Statistische Landesamt für die Umlage des Jahres 2015 in Höhe von 526,00 €

Damit wurden in 2017 Zahlungen zur Gewerbesteuerumlage von insgesamt 434.702,00 € geleistet. Der geplante Ansatz von 495.800 € ist somit für die Vorauszahlung auf die Schlussabrechnung 2017 (hier: Mitteilung des Statistischen Landesamt vom 29.11.2017) in Höhe von 132.842,00 € nicht mehr ausreichend. Es werden Mittel in Höhe von 71.744,00 € benötigt.

Für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gilt § 105 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen- Anhalt (KVG LSA). Demnach sind diese nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet wird. Dabei liegt eine Unabweisbarkeit vor, wenn Auszahlungen aus rechtlichen oder sachlichen

Gründen zur Finanzierung der Aufgabenerfüllung gewährleistet werden müssen (sachliche Unabweisbarkeit) oder eine Verschiebung auf einen Zeitpunkt, an dem die Haushaltsmittel durch den nächsten Haushalt – oder Nachtragshaushalt zur Verfügung stehen nicht möglich bzw. wirtschaftlich unzweckmäßig wäre (zeitliche Unabweisbarkeit).

Die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit ergibt sich aus § 6 Absatz 7 Gemeindefinanzreformgesetz in Verbindung mit § 5 Absatz 4 GemFinRefGDV. Hiernach ist bis spätestens 10. Dezember eine Vorauszahlung auf die Schlussabrechnung in Höhe der im November geleisteten Abschlagszahlung zu leisten.

Zahlungsverzug besteht vorliegend nicht, da die Gewerbesteuerumlage gegen den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aufgerechnet wird (§ 5 Absatz 1 GemFinRefGDV). Der Stadt Köthen (Anhalt) wurde per 08.12.2017 der um die Gewerbesteuerumlage gekürzte Gemeindeanteil an der Einkommensteuer überwiesen.

Der Beschluss zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung ist aus formellen haushaltsrechtlichen Gründen zur korrekten Buchung und damit Abbildung im städtischen Haushalt notwendig. Aufgrund der Mittelhöhe liegt die Kompetenz gemäß § 105 Absatz 1 KVG LSA i. V. m. § 7 Absatz 2 Nr. 15 Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt) beim Stadtrat.

Die Deckung wird aus dem Deckungskreis 1 34 (Personalkosten) – Produkt 11.1.101.00 – Sachkonto 501202 – Untersachkonto 00001.41400 „Dienstbezüge Angestellte Dezernat 1“ gewährleistet. Dort ergaben sich Minderaufwendungen/Minderauszahlungen.